

Frühfranzösisch auf der Kippe Immer mehr Kantone wollen mit dem Unterricht an der

Versteht die Deutschschweiz noch, was rideau de rösti* bedeutet?

* Wer's vergessen oder nie gelernt hat: Röstigraben

NASTASJA HOFMANN

Fertig mit Frühfranzösisch! In Appenzell Ausserrhodens ist das seit März beschlossene Sache. Bald könnten weitere Kantone folgen. Denn der Französischunterricht in der Primarschule steht auf dem Prüfstand. In fast allen Deutschschweizer Kantonen sind entsprechende Vorstösse eingegangen. Die Bildungspolitik gerät massiv unter Druck: Ist das Frühfranzösisch ein Debakel?

Einer, der sich pointiert äussert, ist Patrick Keller. Der Präsident des kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverbands St. Gallen findet, man müsse über die Bücher gehen und prüfen, ob es bessere Lösungen gibt: «Befriedigend ist die jetzige Situation nicht.»

Die Schulen beginnen bereits früh mit dem Fremdsprachenunterricht. Die erste Fremdsprache wird meist in der 3. Klasse in den Stundenplan aufgenommen, die zweite folgt ab der 5. Klasse. «Ein Teil der Jugendlichen und Kinder ist damit überfordert», sagt Keller. Aus seinem Berufsalltag als Französischlehrer an einer Oberstufe weiss er, dass die zweite Fremdsprache für viele eine grosse zusätzliche Hürde darstellt. Da Englisch in vielen Deutschschweizer Kantonen Priorität hat, ist die zweite Fremdsprache häufig die Landessprache Französisch.

Auch immer mehr Politikerinnen und Politiker sehen Probleme. Vor allem die FDP nimmt die Frühfremdsprachen ins Visier. Aus ihrer Sicht gehören überhaupt keine

Fremdsprachen in die Primarstufe. Zuerst soll die erste Landessprache richtig sitzen, bevor eine zweite oder dritte dazukommt – so steht es in einem Positionspapier aus dem Jahr 2024.

Seither scheint die Debatte rund um den Sprachunterricht wieder richtig Fahrt aufgenommen zu haben. Thurgau, Schwyz, Bern, Aargau, Luzern, St. Gallen – die Liste der Kantone, die sich aufgrund von Vorstössen mit dem Frühfranzösisch befassen, ist lang. Doch warum wurde diese Form des Sprachenlernens überhaupt eingeführt, wenn sich heute so viele dagegen wehren?

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) legte diese Sprachenstrategie 2007 im Rahmen des Harmos-Konkordats fest. Diese Vereinbarung bildet die Grundlage für den Lehrplan 21. Ziel war es, die obligatorische Schule kantonsübergreifend zu vereinheitlichen. Festgehalten wurde, dass landesweit ab der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet werden sollen – jeweils eine Landessprache und Englisch.

Man sei jedenfalls offen für Gespräche, heisst es beim Lehrerverband St. Gallen. Präsident Keller hat sogar mehrere Lösungsansätze parat: «Man könnte zum Beispiel den Französischunterricht in die Oberstufe verschieben oder Französisch in der Primarschule einfach als Wahlfach für stärkere Schülerinnen und Schüler anbieten.» Was für Keller jedoch nicht infrage

käme, wäre die komplette Abschaffung des Französischunterrichts. «Alle Schülerinnen und Schüler müssen mit der zweiten Landessprache in Berührung kommen.»

Dem Lehrervertreter ist es auch ein Anliegen, dass die Harmonisierung zwischen den Kantonen weiterhin besteht. «Für uns als Verband ist wichtig, dass Harmos nach wie vor in Kraft bleibt», sagt Keller. Ein Hickhack unter den Kantonen, bei dem am Ende jeder eine andere Lösung verfolgt, wäre nicht förderlich und würde nur zu weiteren Problemen führen.

Es gibt aber auch Stimmen, die sich vehement gegen die aktuellen Entwicklungen in der Bildungspolitik wehren. So veröffentlichten vier Organisationen Ende vergangener Woche eine gemeinsame Stellungnahme: das Forum für Zweisprachigkeit, das Forum Helveticum, Helvetia Latina und Coscienza Svizzera. Sie fordern von den Kantonen und Bildungsinstanzen «die Beibehaltung des Unterrichts einer zweiten Landessprache auf der Primarstufe in allen Schweizer Kantonen».

Die Organisationen pochen dabei vor allem auf das Französische als Landessprache, nicht auf den frühen Fremdspracherwerb generell. Sie argumentieren, dass das Erlernen des Französischen entscheidend für den nationalen Zusammenhalt sei. «Die wiederholte Infragestellung des Französischunterrichts durch verschiedene deutschsprachige Kantone stellt eine Bedrohung für das sprachliche Gleichgewicht und die Stabilität des Bundesstaats dar», warnen sie.



Schwierig / pas facile

Der Fremdsprachenunterricht startet früh – manche Schülerinnen und Schüler sind damit überfordert.

Für Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger sind nicht «Eher selten spreche ich mit

Das Hauptproblem sind nicht die überforderten Schülerinnen und Schüler – sondern die Primarschullehrpersonen. Zu diesem Schluss kommt der Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger in seinem neuen Buch («Das Kreuz mit dem Schweizer Fremdsprachenunterricht. Wohin mit den Landessprachen?»).

Elmiger lehrt unter anderem an der Universität Genf und ist in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften tätig. In seinem Buch übt er scharfe Kritik: am aktuellen System des Fremdsprachenunterrichts, an den Lehrpersonen und auch an der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK).

Elmiger berichtet aus seinem Berufsalltag: «Eher selten spreche ich mit motivierten

und selbstbewussten Lehrpersonen, die ihre Arbeit mit Freude und Erfolg leisten.» Stattdessen wirke der Unterricht oft lustlos, ohne inneren Antrieb. So werde Französisch schnell zum «Hassfach» – bei Lehrpersonen ebenso wie bei der Schülerschaft.

Und das zeigt sich in den Leistungen. Eine EDK-Erhebung aus den Jahren 2016 und 2017 untersuchte erstmals schweizweit, ob die Grundkompetenzen im Spracherwerb am Ende der Primarstufe erreicht werden. Im Leseverstehen Französisch als erste Fremdsprache erreichten dies gemäss Statis-

tik nur 65,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler. In mehrsprachigen Kantonen liegen die Werte in der Regel etwas höher. Zum Vergleich: Im Leseverstehen Englisch als erste Fremdsprache sind es 86 Prozent. Wie ist der Unterschied zu erklären?

Französisch habe insbesondere in der Ostschweiz einen schweren Stand, schreibt Elmiger. Englisch komme zuerst, Französisch sei zweite Wahl. Dadurch verlieren die Landessprachen an Bedeutung: «Ausserhalb der Sprachgebiete spielen die Landessprachen zunehmend eine un-



Daniel Elmiger, Sprachwissenschaftler.

Erst ab 16 Jahren Eltern fordern Social-Media-Altersgrenze

Experten sind sich einig: Der Konsum sozialer Medien sei so gefährlich wie das Trinken von Alkohol. Sie würden gezielt programmiert, um süchtig zu machen. Ein Verbot für Jugendliche wäre sinnvoll und nichts Aussergewöhnliches. Auch Alkohol und Tabak würden schliesslich reguliert.

Diese Haltung hat sich schon in mehreren Ländern durchgesetzt. Im November verbot Australien Jugendlichen unter 16 Jahren den Zugang zu Snapchat, Instagram, Tiktok,

Facebook und anderen Netzwerken. Auch Grossbritannien und die Niederlande wollen eine Altersgrenze einführen. Norwegen will die Schwelle mit 15 Jahren tiefer ansetzen.

Angeführt vom Verein NextGenerationImpact ist nun auch in

der Schweiz eine Onlinepetition gestartet worden, die innert weniger Tage über 9000 Personen unterzeichnet haben. Gefordert wird eine Altersgrenze ab 16 Jahren, eine verpflichtende Altersüberprüfung durch die Plattformen sowie eine nationale Präventionsstrategie an Schulen.

Cybermobbing habe stark zugenommen, genauso wie Depressionen, und bei Jungen stei-

ge die Bildschirmzeit stetig an. Hinzu kämen viele Fake-Meldungen, argumentiert SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsel (44), die die Petition unterstützt. Selbst viele Erwachsene könnten mit sozialen Medien nicht umgehen. «Aber für Kinder ist es eine Überforderung», sagt die zweifache Mutter. Viele Eltern versuchten es mit Zeitlimiten, aber diese liessen sich leicht aushebeln.

Die Petition richtet sich vorab an SP-Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider (61). Studien zeigten, dass soziale Medien das Risiko für Depressionen und sogar Suizidgedanken um rund 70 Prozent erhöhten, gerade bei Mädchen. «Unsere Kinder wachsen in

einer Welt auf, in der Likes, Filter und ständige Vergleiche ihr Selbstbild formen – oft bevor sie überhaupt gelernt haben, wer sie wirklich sind», beklagen die Petitionärinnen.

Die Forderungen stossen im Bundesrat auf offene Ohren. Er will darüber nachdenken, wie Kinder und Jugendliche vor negativen Auswirkungen des Social-Media-Konsums geschützt werden können, und eine Alterslimite ab 16 Jahren sowie ein Handyverbot an Schulen prüfen. Das geht aus seinen Antworten auf Vorstösse der Grünen-Ständerätinnen Maya Graf (63) und Céline Vara (40) von Ende Februar hervor. Er ist «bereit, die Situation in einem Bericht genauer zu analysieren».

«Für Kinder sind soziale Medien eine Überforderung.»

Nina Fehr Düsel, SVP-Nationalrätin

Zum erst Angela Koller (41) so

Fast auf den Tag genau 35 Jahre sind vergangen. Am 29. April 1990 hat der Kanton Appenzell Innerrhodens das Stimmrecht für Frauen auf kantonaler Ebene eingeführt – als letzter Kanton, notabene. Und nun hat die Landsgemeinde gestern mit der Mitte-Politikerin Angela Koller (41) zum allerersten Mal auch eine Frau in das Landammannamt gewählt. Historisch!

Koller setzte sich gegen drei Konkurrenten durch. Während bei zwei Kandidierenden deutlich weniger Personen ihre Hände im Landsgemeinde-Ring erhoben, wurde es zwischen Koller und dem Kandidaten des bedeutenden Kantonalen Gewerbeverbandes Appenzell Innerrhodens (KGVAI) knapper. Letztlich war Koller aber auch gegen Pius Federer im Vorteil. Die neue Frau Landammann gehört der ein-



Primarschule aufhören



die Schüler das Problem **motivierten Lehrpersonen»**

tergeordnete Rolle.» **Eine Folge davon sei, dass die Kommunikation zwischen den Sprachregionen zunehmend auf Englisch stattfindet.**

Doch auch die Lehrpersonen spielen eine zentrale Rolle. «Schwierig wird es vornehmlich dann, wenn man merkt, dass die Menschen, die eigentlich eine Fremdsprache unterrichten sollten, diese selbst kaum gut genug sprechen», urteilt der Sprachwissenschaftler. Gerade im Primarschulbereich komme das immer wieder vor – dabei wäre gerade dort ein ungewohnter, mündlicher Zugang besonders wichtig.

Elmigers Urteil über den Fremdsprachenunterricht in der Schweiz fällt deutlich aus: **«Der Französischunterricht in der Deutschschweiz sollte neu überdacht werden.»** Auch der

Deutschunterricht in der Romandie schneidet in seiner Analyse schlecht ab – die Ergebnisse seien miserabel.

Eine Mitschuld sieht Elmiger bei den Kantonen und der EDK. Diese seien weder in der Lage noch willens, die Situation grundlegend zu verändern. Von der EDK wünscht er sich vor allem eine bessere Koordination. Auch beim Sprachnachweis für Lehrpersonen brauche es klarere Regeln: **«Die Leitlinien der EDK werden auf verschiedene Weise umgangen; etwa, indem die Maturanote als Nachweis für ein Kompetenzniveau zweckentfremdet wird.»**

Dazu sagt auf Anfrage EDK-Sprecher Stefan Kunfermann: «Die aktuellen Diskussionen um den Fremdsprachenunterricht werden auch im Rahmen der EDK aufmerksam verfolgt.» Für

die Umsetzung des Sprachunterrichts seien jedoch die Kantone zuständig. Diese Bemühungen unterstütze die EDK mit Empfehlungen, Publikationen, Fachtagungen und Arbeit im Netzwerk.

Trotz aller Kritik: **Dem Frühfranzösisch den Stecker zu ziehen, ist für Daniel Elmiger der falsche Weg.** «Bevor der Französischunterricht auf der Primarstufe einfach abgeschafft wird, sollte man besser verstehen, wieso er überhaupt so unbeliebt und umstritten ist», sagt er zu Blick. Elmiger befürchtet, dass das Vernachlässigen der Landessprache zu einer zunehmenden Entfremdung der Sprachregionen führt. Das könnte zum Problem werden, denn: «Die Schweiz definiert sich über ihre Mehrsprachigkeit.»

NASTASJA HOFMANN

NEWS

Sprunghafter Anstieg von Rassismus-Fällen

Bern – 2024 haben Betroffene in der Schweiz 1211 rassistische Vorfälle gemeldet – 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten Vorfälle gab es in der Schule, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum. Am häufigsten ging es um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegen Schwarze. Der Anstieg der Meldungen hält seit Jahren an, so die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus.

Piratenpartei Schweiz droht zu kentern

Bern – Nach internen Querelen haben zwei ehemalige Vorstandsmitglieder der Piratenpartei Schweiz eine eigene Partei mit dem Namen «Digitale Integrität Schweiz» gegründet. Der Präsident der Piratenpartei Schweiz und die Co-Präsidentin von Digitale Integrität Schweiz bestätigen einen Bericht der «NZZ am Sonntag» über den Bruch.

Ein Viertel Frauen in den Führungsetagen

Zürich – In den Geschäftsleitungen der 30 grössten börsenkotierten Schweizer Unternehmen (SMI) liegt die Frauenquote mittlerweile bei einem Viertel, wie eine Auswertung der Nachrichtenagentur AWP zeigt. In diesem Jahr blieb sie bisher unverändert.

SWISS LOTTO

6	8	14	18	37	41
Glückszahl 4		Replayzahl 10			
6+1		Kein Gewinner			
6		Kein Gewinner			
5+1	13	à Fr.	7565.40		
5	50	à Fr.	1000.00		
4+1	493	à Fr.	144.25		
4	2242	à Fr.	82.35		
3+1	8396	à Fr.	21.30		
3	36215	à Fr.	10.50		
Im Jackpot		25300000.00			

Joker		305975			
6		Kein Gewinner			
5	2	à Fr.	10000.00		
4	9	à Fr.	1000.00		
3	172	à Fr.	100.00		
2	1546	à Fr.	10.00		
Im Jackpot		400000.00			

DEUTSCHES LOTTO

4	9	13	26	41	44
Superzahl 1		6504948			
SPIEL 77		163391			
SUPER 6					

ÖSTERREICHISCHES LOTTO

13	16	24	25	29	30
Zusatzzahl 37		Joker 350485			
Alle Angaben ohne Gewähr					

Nächste Wende rund um Vorwürfe gegen WEF-Gründer **Schwab drohte Stiftungskollegen mit Strafanzeige**

Klaus Schwab (87) kämpft um sein Lebenswerk und ging jüngst in die Gegenoffensive. Der WEF-Gründer hat in einem umfassenden Brief die schweren Vorwürfe gegen seine Person von sich gewiesen. Wie er schreibt, habe ihm eine anonyme Quelle damit gedroht, die Vorwürfe publik zu machen, sollte er nicht zurücktreten. Schwab trat am Ostermontag überraschend von seinem Posten als Vorsitzender des Stiftungsrats des Weltwirtschaftsforums zurück.



WEF-Gründer Klaus Schwab.

Nun nimmt der Konflikt ums WEF eine neuerliche Wendung: **Schwab soll den drei Mitgliedern des zuständigen Stiftungsausschusses mit einer Strafanzeige gedroht haben**, sollten sie nicht von der Einleitung einer externen Untersuchung zu den Vorwürfen absehen und sich beim ganzen Stiftungsrat entschuldigen. Das berichtet die «NZZ am Sonntag» mit dem Verweis auf «informierte Quellen». Dieses Vorgehen zerstörte den übrig gebliebenen Rückhalt im 27-köpfigen Stiftungsrat, der Schwab zum sofortigen Rücktritt als Vorsitzender aufforderte.

Whistleblower haben in einem anonymen Brief an den WEF-Vorstand schwere Vorwürfe gegen Klaus Schwab erhoben: Schwab und seine Familie würden ihre persönlichen Angelegenheiten ohne jegliche Kontrolle mit WEF-Ressourcen vermischen.

So soll Schwab Massagen in Hotelzimmern auf Kosten des WEF gebucht haben. Seine Ehefrau Hilde Schwab (78) soll «Scheintermine» auf Kosten des Forums organisiert haben, um Luxusreisen zu rechtfertigen. Zudem wird der Familie Schwab

die private Nutzung einer vom WEF erworbenen Villa am Genfersee vorgeworfen.

Zu sämtlichen Vorwürfen bezüglich des «Missbrauchs von WEF-Mitteln durch Klaus und Hilde Schwab» heisst es in dem vom WEF-Gründer gezeichneten Statement vom vergangenen Mittwoch: **«Für all diese Vorwürfe fehlen jegliche Beweisgrundlagen.»** Als Chef einer international tätigen Organisation sei er in den Genuss der für diese Rolle üblichen Unterstützung in Bezug auf Transport, Reisen, Kommunikation und Sicherheit gekommen. «Würden diesen Dienstleistungen jemals für private Zwecke benutzt, wurden sie dem Forum zurückerstattet.»

Schwab hat deshalb Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht. Vonseiten des Forums heisst es, man nehme die Anschuldigungen zwar ernst, betont aber, dass man das Ergebnis der Untersuchung abwarten werde, um sich weiter zu äussern.

Schwab macht zudem geltend, dass ihm das WEF Millionen schulde, wie die «Sonntags-Zeitung» berichtet. So gebe es eine Vereinbarung für eine Sonderprämie von Millionen Franken als Entschädigung für den besonderen Aufwand und das verhältnismässig tiefe Gehalt beim Aufbau des WEF seit 1971. **Insgesamt stünden ihm acht Millionen Franken zu, auf die er bis anhin verzichtet habe.** Ob Schwab diese nun im Rahmen seines Rückzugs einfordert, ist unklar. Schwab verweist auch darauf, dass er und seine Frau mit dem WEF verbundenen Stiftungen über 14 Millionen Franken gespendet haben.

MARTIN SCHMIDT

en Mal eine Frau Landammann

hafft historische Wahl in Appenzell Innerrhoden



Die gestrige Landsgemeinde in Appenzell.

Roland Dähler (parteilos, Volkswirtschaftsdepartement) gewählt. **Die beiden Innerrhoder Landammänner wechseln sich im Zweijahresturnus als regierender Landammann und als stillstehender Landammann ab.**

Mit dem 53-jährigen Hans Dörig wurde gestern ein weiteres Mitglied der AVA neu in die siebenköpfige Ständekommission gewählt. Auch er setzte sich unter anderem gegen einen Kandidaten des kantonalen Gewerbeverbandes durch.

Dörig übernimmt das Amt des Bauherrn, wie der Vorsteher des Bau- und Umweltdepartements in Appenzell Innerrhoden genannt wird. Der bisherige Bauherr, Ruedi Ulmann (Mitte), hatte im Februar seinen Rücktritt auf die Landsgemeinde hin angekündigt. Er war seit 2017 im Amt.

flussreichen Arbeitnehmendenvereinigung Appenzell (AVA) an. **Sie politisierte mehrere Jahre im Kantonsparlament.** Angela Koller folgt im Amt auf Roland Inauen (AVA, parteilos), der sich nach zwölf Jahren aus der Innerrhoder Regierung

(Ständekommission) zurückzog. Die 41-jährige Koller wird zunächst das Amt des stillstehenden Landammanns übernehmen.

Als regierender Landammann wurde das bisherige Ständekommissions-Mitglied



Angela Koller setzte sich gegen drei Konkurrenten durch.

Fotos Keystone